



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schießl-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Heike Hof

Zi.Nr.: E085

Tel. 08122/59-1708
heike.hof@klinikum-
erding.de

Erding, 05.12.2019
Az.:
2014-2020/KHA/006

6. Sitzung des Krankenhausausschusses am 16.10.2019

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bauernfeind, Petra

Vertretung für Herrn Rainer Mehringer

Biller, Josef

Vertretung für Herrn Dr. Thomas Bauer

Gotz, Maximilian

Grundner, Heinz

Hofstetter, Franz Josef

Huber, Martin

Mayr, Elisabeth

Meister, Michaela

Minet, Doris

Schmidt, Horst

Stieglmeier, Helga

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin, Landrat

von der Verwaltung:

Bott-Flügel, Lorenz, Dr.

Ärztlicher Direktor

Friess-Ott, Gertrud

Pflegedirektorin

Fritzen, Daniela

Pressestelle/Klinikum

Fuchs, Martin

Fuchs-Weber, Karin

Hof, Heike

Kornhaas, Martin

Last, Dirk, Dr.

Personalleiter Klinikum;
nur TOP 1-3

Leitung Büro Landrat

Referentin Krankenhaus-
leitung, Protokoll

Kaufmännischer Leiter

Krankenhausdirektor



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:08 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Medienvertreter. Ergänzungs- oder Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Leistungsentwicklung 2019 - Gesamthaus
Vorlage: 2019/2968
2. Antrag CSU-Fraktion: Etablierung Pädiatrie
Vorlage: 2019/2966
3. Bekanntgaben und Anfragen
 - 3.1. Bekanntgabe Jahresabschluss 2018 Klinikum Landkreis Erding
 - 3.2. Anfrage Kreisrat Schmidt: Tarifgruppe der Betreuungskräfte für Demenzpatienten

1. Leistungsentwicklung 2019 – Gesamthaus; Vorlage: 2019/2968

Der **Krankenhausdirektor Herr Dr. Last** berichtet, dass sich die Leistungsentwicklung des Klinikums positiv entwickle. Ende August lägen sowohl die Case-Mix-Punkte – d.h. der Leistungswert für stationäre Patienten im DRG-System – wie auch die Anzahl der stationären Patienten und die durchschnittliche Schweregrad (Case-Mix-Index) über Plan und über Vorjahr.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

2. Antrag CSU-Fraktion: Etablierung Pädiatrie; Vorlage: 2019/2966



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende erläutert, dass die Etablierung einer pädiatrischen Abteilung am Klinikum Landkreis Erding nicht isoliert, aber über einen Wechsel der Versorgungsstufe gelingen könne. Ein Wechsel vom Grund- und Regelversorger zum Schwerpunktversorger beinhalte die Fachbereiche Neurologie, Neonatologie, Pädiatrie sowie eine Hauptabteilung für Urologie. Die Versorgung von Kindern sei derzeit nur zu einem kleinen Teil gewährleistet, insbesondere bei chirurgischen Notfällen bei Kindern ab vier Jahren. Die Fahrt mit einem schwerkranken Kind ins Kinderkrankenhaus in Landshut sei eine Zumutung.

Zur Erfüllung der Anforderungen an einen Schwerpunktversorger sei schon viel vorhanden, da die Spezialisten in verschiedenen Fachgebieten bereits jetzt ein großes Leistungsspektrum anböten. Entscheidend sei jedoch die Kinderheilkunde. Dadurch könnten auch mehr Geburten im Klinikum Erding stattfinden. Alle Risikoschwangerschaften müssten derzeit in Kliniken mit höherer Versorgungsstufe entbunden werden. Dadurch käme weniger als die Hälfte der neuen Landkreisbürger im Klinikum Erding auf die Welt. Dies führe dazu, dass das Klinikum den Zuschuss zur Geburtshilfe, d.h. die Übernahme des Defizits aus der Geburtshilfe durch das Ministerium, nicht erhalte. Den riesigen finanziellen Aufwand, den einige befürchteten, sehe er nicht. Sicher sei, dass in Wechsel zum Schwerpunktversorger zu einer deutlichen Steigerung der Anzahl an Geburten führe, möglicherweise auch von Einwohnern benachbarter Landkreise.

Bei den Entgeltverhandlungen im Sommer habe er argumentiert, dass der Raum Freising, Ebersberg und Landkreis München nordöstliche von München – der kein eigenes Krankenhaus mehr habe – mit insgesamt fast einer dreiviertel Millionen Einwohner keinen Schwerpunktversorger und keine Kinderversorgung habe. Der Landkreis Altötting habe jedoch mit nur 110.000 Einwohnern ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung.

Ein weiteres Argument um Schwerpunktversorger zu werden, sei der Hybrid-Operationssaal über den seit Jahren gesprochen werde. Die Fördermittel erhalte man nur als Schwerpunktversorger. Mit einem Hybrid-OP könne das Leistungsspektrum erweitert werden, beispielsweise in der Gefäßchirurgie. Deren Chefarzt Herr Dr. Sadeghi sei daher sehr an einem Hybrid-OP interessiert.

Aus diesen Gründen befürwortet der Vorsitzende, einen Antrag auf Höherstufung zum Schwerpunktversorger zu stellen.

Herr Dr. Last ergänzt, dass als Ausgangspunkt die Frage gewesen sei, ob eine Pädiatrie etabliert werden könne. Dieser Wunsch der Bevölkerung sei nachvollziehbar. Für ein Haus der Grund- und Regelversorgung sei dies jedoch illusorisch.

Für einen Hybrid-OP spreche, dass bestimmte Eingriffe eines Tages vielleicht nicht mehr durchgeführt werden könnten, weil sie nur noch in Hybrid-OPs stattfinden dürften.

Eine Höherstufung bedeute auch mehr finanzielle Mittel: Die Notfallpauschale erhöhten sich von 150.000 auf 500.000 Euro.

Als Schwerpunktversorger sei das Klinikum auch ein attraktiverer Arbeitgeber für Ärzte.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Mayr erkundigt sich nach dem Zeitrahmen für den Wechsel der Versorgungsstufe und findet, dass es bezüglich der Etablierung einer pädiatrischen Abteilung fünf vor zwölf sei.

Kreisrätin Stieglmeier weist darauf hin, dass das Thema Kinderabteilung schon seit langem diskutiert werde. Sie fragt, ob der Weg, dies über einen Wechsel der Versorgungsstufe zu erreichen, neu oder bisher nicht beachtet worden sei. Außerdem hätte sie gerne gewusst, ob man als Schwerpunktversorger automatisch eine Kinderabteilung genehmigt bekäme oder ob die Gefahr bestehe, dass dies trotzdem nicht erlaubt sei. Des Weiteren hätte sie gerne gewusst, ob die Räumlichkeiten annähernd ausreichend seien für mehrere neue Abteilungen und weist auf den deutlich höheren Personalbedarf hin. Kreisrätin Stieglmeier hält es für sinnvoller, dieses langfristige Projekt bei der Klausurtagung zu besprechen statt in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Thema auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehe und somit diskutiert werden müsse.

Kreisrätin Stieglmeier erwidert, dass dies nicht bedeute, dass auch gleich ein Beschluss gefasst werden müsse.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Kinderheilkunde bei einem Schwerpunktversorger dazu gehöre, genauso wie die Neurologie oder eine Hauptabteilung für Urologie. Die finanzielle Belastung des Versorgungsstufenwechsels sei überschaubar. Wie viele Neubauten benötigt würden, könne er nicht sagen. Ein Hybrid-OP koste 30 Millionen Euro. Die Höhe der Förderung sei fraglich; sie liege möglicherweise bei 20 Millionen Euro.

Herr Dr. Last präzisiert, dass die Pädiatrie bei einem Schwerpunktversorger in der Regel dazu gehöre. Man müsse jedoch wissen, dass die Pädiatrien in Bayern separat geplant würden, da es keine Kinderkliniken gebe. Man müsse zwischen Pädiatrie und Neonatologie unterscheiden. Wenn man eine Pädiatrie wünsche, ginge dies nur über einen Wechsel hin zum Schwerpunktversorger.

Kreisrat Gotz plädiert dafür, bei der heutigen Sitzung den Startschuss zu geben und nicht zu warten. Eine Pädiatrie sei notwendig, um den Familienstandort zu stärken – Krankenhausplan hin oder her. Es sei klar, dass dies ein Riesendefizit bedeute.

Kreisrat Schmidt bestätigt, dass im Grundsatz klar sei, dass die Versorgung von Kindern verbessert werden solle. Der Weg solle eingeschlagen werden, aber die Konsequenzen und Rahmenbedingungen sollten überdacht werden. Bisher habe das Motto „Wachsen, aber Schritt für Schritt“ gelautet.

Der Vorsitzende verweist auf das Beispiel der berufsbildenden Schule FOS/BOS für die man sich entschieden habe, ohne die Kosten zu kennen und ohne zu wissen, wo man die Lehrer finden könnte. Heute sei man froh, dass man die Schule habe. Ebenso habe man beim Gastronomie-Berufsschulzweig nicht nach den Kosten gefragt, sondern das politische Ziel verfolgt. Gleiches gelte für das neue Gymnasium für knapp 30 Millio-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

nen Euro. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Er werde daher entgegen des vorliegenden Beschlussvorschlags beantragen, den Wechsel der Versorgungsstufe zum Schwerpunktversorger und Etablierung einer pädiatrischen Abteilung zu beantragen.

Kreisrätin Meister fragt nach den Ursachen der Schließung pädiatrischer Kliniken oder Abteilungen. Man müsse eruieren, ob der Fall in Erding ähnlich liege.

Der Vorsitzende antwortet, dass man noch keine pädiatrische Abteilung habe.

Kreisrätin Meister insistiert, dass man die Ursachen kennen müsse vor der Etablierung einer Abteilung, da es schlimm sein würde, auf die gleichen Probleme zu stoßen. Es müsse eine sehr genaue Prüfung durchgeführt werden, wie dies alles funktionieren könne.

Kreisrat Biller spricht sich für diesen Schritt aus, da die Standortanalyse eine deutliche Sprache spreche und man nicht warten solle, bis ein anderer Landkreis zum Zug käme.

Kreisrätin Bauernfeind warnt davor, die Situation zu dramatisieren. Es sei keine Gefahr in Verzug. Es irritiere sie, dass es um ein Gesamtpaket gehe. Bisher habe das Gremium immer eine Konsolidation und nicht noch mehr Abteilungen gefordert. Offensichtlich finde gerade ein Politikwechsel statt. Die Versorgung von Kindern sei natürlich wichtig, aber dass hierfür ein Gesamtpaket nötig sei, bereite ihr Bauchschmerzen. Ohne Zahlen sei eine Entscheidung schwierig. Der ursprüngliche Beschlussvorschlag sei ihr lieber, da man nach einer Prüfung Zahlen gehabt hätte.

Der Vorsitzende plädiert dafür, mutig voran zu gehen und nicht zu prüfen und zu prüfen. Er gehe davon aus, dass man in vier Monaten auch nicht weiter sei, wenn man prüfe. Wenn es um die Daseinsvorsorge im stationären Gesundheitswesen gehe und man Defizite erkenne sei ein längeres Warten politisch nicht vertretbar, da der Krankenhausausschuss nun zu 100 Prozent zuständig sei.

Über den jährlichen Zuschuss von 3 Millionen Euro für den öffentlichen Nahverkehr habe sich die Bevölkerung bisher auch nicht aufgeregt. Die stationäre Gesundheitsversorgung sei mindestens genauso wichtig. Es handele sich um eine zusätzliche Versorgungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger, da es sich nicht nur um eine pädiatrische Abteilung handele, sondern ein Schwerpunktversorger noch ganz andere Chancen biete. Das vorzuenthalten könne er nicht vertreten. Und er möchte nicht, dass ein anderes Krankenhaus der Umgebung die Höherstufung genehmigt erhalte.

Auch **Kreisrat Huber** liegt die ärztliche Versorgung am Herzen. Es sei überfällig, wenn man sehe wie der Landkreis sich entwickle. Er plädiert dafür, parteiübergreifend zusammen zu halten. An diese Stelle zu sparen sei verkehrt. Das einzige k.o.-Kriterium sei, wenn keine Ärzte gefunden würden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Stieglmeier bedauert die Wortwahl wie beispielsweise „die Gesundheitsversorgung der Bürger muss uns wichtig sein“ und „das will ich den Bürgern nicht vorenthalten“, da keiner wolle, dass es den Bürgern schlechte gehe oder ihnen etwas vorenthalten würde. Auch wenn es eine politische Entscheidung sei, sei das Gremium dennoch in der Pflicht, nachzufragen. Sie befürwortet eine Analyse und das Suchen nach Parallelen, warum Pädiatrien in anderen Häusern nicht funktioniert hätten. Kreisrätin Stieglmeier erkundigt sich außerdem, ob das Klinikum als Schwerpunktversorger automatisch nicht mehr in Gefahr sei, als kleines Haus geschlossen zu werden wie es auf Bundesebene entschieden worden sei.

Der Vorsitzende erläutert, dass es immer mehr Qualitätsstandards mit Mindestfallzahlen oder bestimmten Schweregraden der Eingriffe gebe. Die Krankenkassen könnten tatsächlich eine Tages festlegen, dass das Klinikum den Mindestanforderungen nicht mehr entspreche.

Kreisrätin Stieglmeier hakt ein, dass bei der Strategieklausur Anfang 2017 beim Thema Hybrid-OP die politische Entscheidung genau andersherum gewesen sei. Die Chefärzte hätten massiv für den Hybrid-OP geworben. Die Mitglieder des Verwaltungsrats hätten sich jedoch dagegen entschieden. Heute sei die Lage nun so, dass Geld keine Rolle spiele.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass das Gremium damals dagegen gestimmt habe, da 30 Millionen Euro hätten vorfinanziert werden müssen und der Zuschuss maximal 20 Millionen Euro betragen hätte. Die restlichen 10 Millionen Euro hätte das Klinikum tragen müssen. Nun sei es so, dass auch diese 10 Millionen Euro zum Teil gefördert werden würden.

Der Ärztliche Direktor Herr Dr. Bott-Flügel schildert, dass aus ärztlicher Perspektive dieser Schritt gegangen werden sollte. Der Trend der Bundespolitik gehe klar gegen kleine Häuser, das heißt knapp kleiner als das Klinikum in Erding. Erding sei weder ganz klein, noch ein Schwerpunktversorger, sondern habe eine ungünstige Zwischenfunktion. Niemand könne sagen, ob man bei einem Wechsel der Versorgungsstufe drauf zahle. Die Ärzteschaft sei überzeugt, mitzugehen. Der Hauptgrund, warum andere Häuser ins Schlingern geraten, sei fehlendes Personal.

Herr Dr. Last erläutert, warum andere Pädiatrien schlössen. Zum einen gebe es verschiedene Level bei den strukturellen Anforderungen. Level eins darf Neugeborene, die weniger als 500 Gramm wiegen, behandeln, Level zwei Neugeborene, die weniger als 1.500 Gramm wiegen, etc. Das Klinikum Erding sei auf Level vier, das bedeutet eine reine Geburtsklinik. Bei Level eins und zwei seien die Pflegepersonaluntergrenzen so hoch, dass manche sie nicht einhalten könnten. Zum anderen gebe es Häuser, die es nicht schafften, solche Abteilungen wirtschaftlich abzubilden.

Kreisrat Schmidt korrigiert, dass die Bundesregierung nicht Kliniken plattmachen wolle, sondern den Auftrag habe, eine Krankenhauslandschaft, die qualitätsbezogen ist, herzustellen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, formuliert **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag: Das Klinikum Landkreis Erding beantragt

den Wechsel der Versorgungsstufe zum Schwerpunktversorger mit Etablierung einer pädiatrischen Abteilung.

Kreisrat Schmidt weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag im Vorlagebericht noch einen weiteren Satz enthalte.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies nicht schlimm sei, da das Hauptziel die Etablierung einer Pädiatrie sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Klinikum prüfen solle, wie die Behandlung und Betreuung von Kindern jetzt schon, vielleicht in Zusammenarbeit mit der Kinderklinik in Landshut, verbessert werden könne. Hier sehe er deutliche Möglichkeiten, bis hin zur Telemedizin und der Bereitschaftsdienste. Auch hier sollten Gespräche stattfinden mit den Kinderärzten, ob ein separater Bereitschaftsdienst für Kinder möglich sei.

Der Vorsitzende lässt daher über folgenden Beschlussvorschlag beschließen:

Beschluss: KHA/0040-20

1. Das Klinikum Landkreis Erding beantragt den Wechsel der Versorgungsstufe zum Schwerpunktversorger mit Etablierung einer pädiatrischen Abteilung.
2. Das Klinikum soll prüfen, wie die Behandlung und Betreuung von Kindern im Klinikum bereits jetzt verbessert werden kann.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1. Bekanntgabe Jahresabschluss 2018 Klinikum Landkreis Erding

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass das Klinikum Landkreis Erding das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresfehlbetrag von -2,4 Millionen Euro und einer Bilanzsumme in Höhe von 44,47 Millionen Euro abgeschlossen habe. Das Jahresergebnis liege somit 30.900 Euro besser als im Wirtschaftsplan veranschlagt gewesen sei. Ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk sei erteilt worden und dem Vorstand sei Entlastung erteilt worden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Fragen vor.

3.2. Anfrage Kreisrat Schmidt: Tarifgruppe der Betreuungskräfte für Demenzpatienten

Kreisrat Schmidt bezieht sich auf einen Presseartikel über die letzte Krankenhausausschuss-Sitzung. Dieser hätte angegeben, dass die Be-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

treuungskräfte, die zur Betreuung von an Demenz erkrankten Patienten eingesetzt werden sollen, im Niedriglohnbereich bezahlt würden. Er bittet um Aufklärung, in welchen Tarifbereichen diese Mitarbeiter eingestuft würden, da er davon ausgehe, dass das Klinikum nach Tarif bezahle.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass das Klinikum selbstverständlich nach Tarif zahle.

Die Pflegedirektorin Frau **Friess-Ott** erläutert, dass Betreuungshelfer in die Stufe 3 oder 4 eingruppiert seien. Das sei tatsächlich sehr niedrig, aber die Ausbildung dauere auch nur drei bis vier Monate. Es handele sich um den niedrigsten Tarif, den man im TvöD anbieten könne.

Kreisrat Schmidt bittet darum, bis zur nächsten Sitzung zu klären, ob eine höhere Tarifeingruppierung möglich sei.

Frau **Friess-Ott** erläutert, dass bei Stellenausschreibungen das Tätigkeitsprofil von der Personalabteilung bewertet und gemeinsam mit dem Personalrat darüber befunden werde, ob die Eingruppierung korrekt sei.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Krankenhausausschusses um 15:55 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Heike Hof
Referentin Krankenhausleitung



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL